

# Inflation

und andere Fehlleistungen der Ökonomie und Politik

## Offener Brief

an

den Präsidenten der Deutschen Bundesbank

Herrn Dr. Joachim Nagel

und

die Herren Professoren

Dr. Dr. h. c. Lars P. Feld,

Dr. Oliver Landmann

und

Dr. Stefan Kooths

von

Tristan Abromeit

September 2022

[www.tristan-Abromeit.de](http://www.tristan-Abromeit.de)

Text 176.0

Anhang 3

**Text 176.3**

Auszüge aus:

- a) Problem unserer Zeit und seine Meisterung von Karl Walker, 1931**
- b) Gegen den Strom von Johannes Schumann über seine Wirkungszeit in der SPD vor dem Ende der Weimarer Republik**

**KARL WALKER**

**Das Problem  
unserer Zeit  
und seine  
Meisterung**

**RUDOLF ZITZMANN VERLAG**

**KARL WALKER**

**DAS PROBLEM UNSERER ZEIT**

**UND SEINE MEISTERUNG**

**RUDOLF ZITZMANN VERLAG**

**LAUF BEI NÜRNBERG · BERN UND LEIPZIG**

**Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten**

**Printed in Germany**

**Copyright 1931 by Rudolf Zitzmann Verlag, Lauf an der Pegnitz**

**Satz und Druck der Offizin Haag-Drugulin AG. in Leipzig**

**Erste Auflage. Herbst 1931**

**Zweite Auflage. Dezember 1931**

**Dritte Auflage. Januar 1932**

---

## INHALT

Vorwort .....	7
<b>BEMÜHUNGEN UM DEN FRIEDEN</b> .....	<b>11</b>
Ergebnislose Verhandlungen — fruchtlose Reden .....	11
Kriegsursachen .....	12
Abgrenzungen, Hemmungen .....	14
Irrige Vorstellungen .....	16
Die letzten Ziele .....	17
Nationalpolitische Eigenbrütelei — und Reaktionen der Wirtschaft .....	19
Aufhebung der Zollgrenzen und ihre Schwierigkeiten .....	21
Überschätzung der politischen Macht .....	22
Gesetze der Wirtschaft .....	23
<b>WARUM ZOLLPOLITIK?</b> .....	<b>25</b>
Volkswirtschaftliche und interessenpolitische Gründe .....	25
Wünsche der Landwirtschaft .....	27
Der Kampf um das Zahlungsmittel .....	29
Unpolitische Fragen .....	30
Kreislauf der Leistungen — Versagen des Zahlungsmittels .....	32
Das Schlüsselproblem .....	34
<b>GELD UND GOLD</b> .....	<b>36</b>
Ein vernachlässigtes Wissensgebiet .....	36
Zweck des Geldes .....	38
Geldmenge, Gütermenge, Preisbewegung .....	42
Unhaltbare Ansichten .....	44
Das „Wunder“ der Rentenmark .....	46
Silvio Gesells Theorien und Vorschläge .....	49
Die Meinung der Wissenschaft .....	53
Zahlungsverkehr mit dem Ausland .....	54
Goldwährung und Weltmarkt-Preisniveau .....	57
Ursache und Wirkung .....	60
Transferproblem und Transferklausel .....	64
Die andere Möglichkeit .....	68
Verschuldung .....	74
Schachts Schuld .....	77
Zurückgewiesene Helfer .....	79
„Graue“ Theorien .....	85
<b>DAS SOZIALE PROBLEM</b> .....	<b>87</b>
Verteilung der Güter .....	87
Eigennutz .....	93

Die Aufgabe .....	96
Falsche Ideen — falsche Wege .....	103
Beobachtungen — Vergleiche — Erklärungen.....	105
Geldwesen und Finanzmacht .....	109
Zwei Begriffe .....	114
Sanktionierter Zins .....	118
Marx zum Geldwesen .....	123
Der Wert .....	128
Arbeiterklasse und Geldpolitik .....	133
<b>ÜBERBLICK UND AUSSICHTEN .....</b>	<b>138</b>
Entweder — oder .....	138
Amerika, Goldwährung und Reparationen .....	140
Entwirrung .....	148
Interessierte Sachverständige und ahnungslose Politiker ....	152
Klügere Nachbarn .....	157
Selbsthilfe .....	158
Ganze Arbeit .....	163
Die Nationalsozialisten und das Geld .....	168
Ratlos — vor dem Ausweg .....	175
Bankgesetz und Reichsverfassung.....	179
Rettendes Handeln .....	181
<b>BODENREFORM .....</b>	<b>191</b>
Geld und Boden .....	191
Die Not der Landwirtschaft .....	192
Befreiung vom Eigentum .....	199
Entschädigung der Grundbesitzer .....	203
Grundrente — Mutterrente .....	208
<b>NEUE POLITIK .....</b>	<b>211</b>
Gärung .....	211
Ziel .....	213
Wille und Weg .....	215
Geldschein-Muster .....	48/49
Literaturverzeichnis .....	221
Sach- und Namenregister .....	223

Es ist noch nie vorgekommen, daß ein Staat in normalen Zeiten den Verkauf von Rohstoffen oder Naturprodukten an einen anderen Staat verweigert hätte. Deshalb kann auch nicht behauptet werden, die Rohstoffe würden irgendeinem Staat von den anderen vorenthalten. Er kann sie ja kaufen; aber gerade das will er nicht. Und er kann es auch nicht, ohne seine Wirtschaft durch die Goldabgabe empfindlich zu schwächen.

### *Unpolitische Fragen*

Alle diese Betrachtungen führen zwangsläufig zu der Erkenntnis, daß das Währungsmetall Gold das wirkliche Objekt der Kämpfe der Völker darstellt; alle anderen Streitobjekte sind nebensächlich. Daraus ergibt sich die Folgerung, daß die Lösung aller dieser Fragen auf dem Gebiete der Währung liegen muß. Müßte also, wenn das Gold als Währungsgrundlage überflüssig wäre, nicht das Interesse an dem Kampfe um dieses Metall verschwinden?

Das sind keine politischen Fragen mehr, das sind wirtschaftliche und währungstechnische Fragen. Leider sind gerade hier die Grenzen, bis zu denen das Verständnis der Mehrzahl unserer Politiker vorzudringen vermag. Die Währungsfrage ist für sie nur ein Problem wie viele andere; daß diesem Problem aber fundamentale Bedeutung zukommt, leuchtet ihnen nicht ein. Dabei finden außer den genannten nationalen Differenzen, zu denen der Kampf um das Währungsmetall, um die aktive Handelsbilanz führt, auch die innerpolitischen Schwierigkeiten in dem System, das einem Edelmetall die Funktion des Tauschmittels überträgt, eine von den modernsten Währungstheoretikern mit überraschender Deutlichkeit herausgearbeitete Erklärung.

Das soziale Verhängnis der Klassenspaltung, die Verelendung des besten, des schaffenden Volksteils, die drohend anwachsenden Arbeitslosenheere, all das sind Wirtschafterscheinungen, die aus den Grundfehlern des herrschenden Wirtschaftssystems entspringen. Einer dieser Grundfehler liegt im Geldwesen.

In Deutschland sind nun schon seit Jahren  $2\frac{1}{2}$  bis  $4\frac{1}{2}$  Millionen Menschen arbeitslos, werden also von der Wirtschaft als überflüssig abgestoßen, während sie gleichzeitig, kümmerlich von den noch im Erwerb stehenden mitunterhalten, in Mangel und Not leben; bedenken wir, daß diese Menschen ihre Bedürfnisse doch alle selbst decken könnten — es sind alle Berufe vertreten — wenn sie nur arbeiten dürften. Warum dürfen und können sie aber nicht arbeiten?

Es sind Bedürfnisse da, riesengroße; es sind Menschen da, arbeitswillige Menschen, Millionen, und es sind auch Rohstoffe, Baustoffe, Lebensmittel in Hülle und Fülle da; der Segen der Natur ist doch so reich, daß man Staudämme gegen eine Überschwemmung aus fremdem Gebiet zu errichten für nötig hält. Und doch bestehen Hunger, Elend, Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit. Diese Zustände sind nicht auf den verlorenen Krieg zurückzuführen. Auch andere Länder leiden unter denselben Erscheinungen; England z. B. hatte zeitweise eine verhältnismäßig noch höhere Arbeitslosigkeit als wir; und England hat keinen Krieg verloren! Es handelt sich hier um mehr als nur um Nachwehen des Krieges. Das Problem ist international und uns auf alle Fälle schon längst über den Kopf gewachsen. Die Hilflosigkeit der Führer und das vollständige Versagen aller bisherigen Methoden einschließlich der marxistischen ist nicht zu verkennen.

Diese Hilflosigkeit kann nur aus einem Mangel an wirtschaftlichen Erkenntnissen erklärt werden. Die Politiker aber betrachten die Lösung des Wirtschaftsproblems als eine Machtfrage; sie sehen nicht, daß die Störungen der Wirtschaft von Unterbrechungen der Zirkulation ausgehen, die nicht durch obrigkeitliche Erlasse verhindert werden können. Sobald der Austausch der Güter und Leistungen wegen ungenügender Versorgung der Wirtschaft mit Zahlungsmitteln stockt, häufen sich Güter, die keinen Absatz finden und mehren sich Arbeitskräfte, die brachliegen müssen. Dann muß der Staat, nicht zuletzt im Interesse der öffentlichen Sicherheit, die Arbeitslosen unterstützen, deren Unterhalt er aber in Form von Steuern und Abzügen den übrigen Arbeitenden aufbürdet. Heute beschäftigen sich die Politiker in Deutschland damit, Systeme auszuklügeln, nach denen es möglich sein soll, ohne Staatszuschüsse die Arbeitslosenunterstützung für die Zukunft aus den Beträgen der Arbeitslosenversicherung zu bestreiten, etwa durch Schmälerung der Unterstützungssätze oder Erhöhung der Beiträge u. ä. Ist das ihre Aufgabe? — Aber auch in England ist schon vor einigen Jahren das Wort gefallen, man müsse sich auf eine dauernde Arbeitslosigkeit von ca. 600 000 bis 1 Million einrichten; also auch dort rechnet man nicht mehr mit dem Verschwinden dieser Erscheinung. Niemand denkt daran, den Widersinn der Gleichzeitigkeit von Arbeitslosigkeit und Not zum Ausgangspunkt einer gründlichen Untersuchung zu machen.

Wenn man das Problem der Absatzstockung anschneidet, dann sicher nur, um darzutun, daß Überproduktion ihre Ursache sei, als ob jemals von Überproduktion geredet werden könnte, solange der

Bedarf nicht gedeckt ist. Die Absatzstockungen wie die Arbeitslosigkeit, die im Grunde genommen auch nichts anderes ist, als eine Stockung des Absatzes menschlicher Arbeitskraft, sind zurückzuführen auf eine vom Gelde verursachte Unterbrechung des volkswirtschaftlichen Kreislaufs der Güter und Leistungen. So oft das Geld aus irgendeinem Grunde aus der Wirtschaft herausgezogen wird, treten dieselben Erscheinungen ein.

Da die Verknappung des Geldumlaufs infolge von Zahlungen an das Ausland mit ihrer unmittelbaren Ursache — eben diesen Zahlungen — besonders deutlich erkennbar in Zusammenhang steht, wird die Notwendigkeit, die Handelsbilanz durch ein Rückgreifen auf die nationalen Edelmetallbestände auszugleichen, als besonders verhängnisvoll empfunden.

Doch dieses, durch die Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen an das Ausland verursachte, Abfließen des Geldes ist nicht der einzige Grund für die Störungen im Gütertausch innerhalb eines nationalen Wirtschaftsgebietes. Eine Stockung der Zirkulation tritt nämlich nicht nur bei Verringerung des Geldumlaufs infolge von Verlusten an Gold und Devisen, also an Deckungsmitteln, ein, sondern auch dann, wenn die Zinssätze für Leihkapital sinken und wenn die Rentabilität des Realkapitals unter die in festen Zinssätzen garantierte des Leihkapitals abzugleiten droht. In diesem Falle wird das Geld aus dem betreffenden Produktionszweig herausgezogen, die unrentablen Werke werden stillgelegt, die Arbeiter auf die Straße gesetzt und das flüssige Kapital wendet sich einem ertragreicheren Unternehmen zu. Ist ein solches im Inland nicht zu finden, so wandert das Geld — diesmal ohne daß die Handelsbilanz es notwendig gemacht hätte — nach dem Ausland; Gold ist internationales Geld. Die Werke brauchen übrigens nicht für immer oder nicht ganz stillgelegt zu werden; um die Rentabilität zu retten, genügt oft eine zeitweilige oder teilweise Stilllegung.

#### *Kreislauf der Leistungen — Versagen des Tauschmittels*

Wir finden also, daß das Geld nur solange in einem Produktionszweig zirkuliert als gewisse Bedingungen erfüllt werden. Sobald die Erfüllung dieser Bedingungen nicht mehr möglich ist, versagt es seinen Dienst als Tauschvermittler und verursacht damit eine Stockung. Es zirkuliert nicht bedingungslos, und doch ist die bedingungslose, gleichmäßige, ungehemmte Zirkulation des Geldes das, was die Wirtschaft vor allem nötig hat.

Das wesentliche Merkmal einer gesunden Wirtschaft und damit der Beschäftigung und Bedürfnisbefriedigung aller Volksgenossen — und damit des Volkswohlstandes — und damit des sozialen Friedens — ist der geschlossene Kreislauf der Leistungen, der glatte reibungslose Gütertausch, den zu vermitteln das Geld geschaffen ist, den es aber nicht so vermittelt, wie es soll. Das Wirtschaftsproblem ist heute nicht mehr in erster Linie ein Problem der Produktion, es ist ein Problem der Zirkulation. Die Produktionstechnik hat sich in einer Weise vervollkommnet, daß ein Überfluß an Gütern fast jeder Art erzeugt werden könnte. Not und Armut können nicht mehr aus einem Mangel an Produktionskraft erklärt werden, sondern nur aus einem Mangel an Kaufkraft. Dieser Mangel erklärt sich aus einem Versagen des Tauschmittels, das innerhalb eines Wirtschaftsgebietes nicht immer in genügender Menge vorhanden ist und dann den Austausch zwischen Produzenten und Konsumenten nur gegen Erfüllung gewisser noch näher zu erklärender Bedingungen vermittelt. So liegt der Zusammenhang der Wirtschaftskrisen mit dem Geldwesen klar.

Die Wirtschaftskrisen sind nicht Folgen des überstandenen Krieges und nicht ausschließlich solche der Bedrückung durch unsere Gläubiger, was schon daraus ersichtlich wird, daß diese selbst unter den Krisen zu leiden haben. Wohl versuchen sie, sich Erleichterung zu verschaffen, indem sie ihre Lasten auf uns abwälzen, doch ist das nur in beschränktem Umfang möglich. Bei uns aber glaubt man alles aus den Reparationslasten erklären zu können, und verspricht sich von einer Erleichterung dieser Lasten die sofortige Besserung. Unsere ganze politische Energie konzentriert sich also auf das eine Ziel: Herabsetzung oder völlige Beseitigung aller Reparationsverpflichtungen. Da die Abmachungen, in denen diese Verpflichtungen festgelegt sind, von der anderen Seite mit derselben Zähigkeit verteidigt werden, wäre Deutschlands Lage völlig hoffnungslos — wenn eben diese Theorie, die Reparationen seien die eigentliche Ursache der Wirtschaftsnot, überhaupt richtig wäre. Nun, Deutschland hat inzwischen einen einjährigen Zahlungsaufschub erhalten; und so wird das Ausbleiben der davon erwarteten Besserung bereits manchen zum Nachdenken gebracht haben. Freilich wird man nun wieder sagen, die mit dem Zahlungsaufschub u. a. uns gewährte Hilfe sei unzulänglich, die Zahlungen müßten völlig aufhören, dann erst könne die Besserung eintreten. Doch, abgesehen davon, daß es nicht in unserer Macht liegt, den völligen Nachlaß der

Reparationszahlungen durchzusetzen, würde dieser Nachlaß an sich keineswegs die Folgen haben, die man sich davon verspricht.

Die Ursachen der Wirtschaftsnot liegen tiefer; doch wir können sie beheben, ohne auf den Nachlaß der Reparationen und die Hilfe anderer Völker angewiesen zu sein.

### *Das Schlüsselproblem*

„Wo ein Wille ist, da ist ein Weg“ sagt man; — hier fehlte es bis jetzt tatsächlich nur am Willen und vielleicht auch etwas an der Einsicht. Der Weg wurde seit vielen Jahren gewiesen.

Es ist also nichts Neues, was im folgenden gesagt werden soll, es wird nicht zum erstenmal gesagt, aber vielleicht wird es heute besser begriffen, als all die Jahre und die Jahrzehnte. Heute müssen Ereignisse der Gegenwart und Erinnerungen aus jüngster Vergangenheit den überzeugenden Nachdruck verleihen, der die Verständnislosigkeit durchbricht. Die gesamten Vorschläge haben zwar den Nachteil, auf einem Gebiet zu liegen, das noch unpopulär ist, sozusagen die Domäne von Sachverständigen, Nationalökonomern, Währungstheoretikern, Bankleuten und ähnlichen. Wer sich aber erinnert, welche Proben von Sachverständigkeit diese Berufenen etwa im Laufe des letzten Jahrzehnts abgelegt haben, der lehnt es ab, auf Autoritäten verwiesen zu werden, der denkt einmal selbst über diese Fragen nach. Jeder logisch denkende Laie ist in der Lage, ihm unterbreitete, klar und einfach formulierte Gedanken zu verarbeiten und sich ein Bild von den Zusammenhängen, von Ursache und Wirkung, und von der Lösung eines Problems zu machen. Nicht selten ist gerade der Laie eher in der Lage, einen neuen Einblick in die Zusammenhänge zu gewinnen als der Wissenschaftler, denn vor seinem geistigen Auge türmt sich nicht die verwirrende Fülle von Einzelproblemen, die dem Wissenschaftler die Aussicht versperrt; und vor allen Dingen ist er, der nicht wissenschaftlich vorgebildet ist, auch nicht mit den Irrtümern belastet, die die Fachwissenschaft als vermeintlich wichtige und richtige Erkenntnisse aus der Vergangenheit in die Gegenwart herübergerettet hat und mit denen sie sich nun herumquält.

Es gärt aber auch in der Wissenschaft selbst. Es stehen sich zwei Parteien gegenüber, deren eine die Weisheit aus verstaubten Regalen vergangener Jahrhunderte als Dogmen verkündigt — heute noch auf den Hochschulen — während die andere in ketzerischem Zweifel diese Dogmen mit den modernen Erfahrungen zu vergleichen wagt

und auf Grund der Vergleichungsergebnisse zu anderen Anschauungen über die wichtigsten Fragen der Volkswirtschaft, über das Wesen des Geldes, über seine Aufgaben und Funktionen und über die immer deutlicher zutage tretenden Mängel des bisherigen Geldsystems gelangen. So kristallisiert sich allmählich aus dem Chaos der Zeitprobleme ein fester Kern; das Schlüsselproblem, — die Währungsfrage.

Ist das unter den gegebenen Umständen möglich oder nicht? Es ist nicht möglich! Wie soll ein Volk solche Beträge aufbringen und in Gold (Devisen) abführen, wenn es nicht voll arbeiten kann (weil seine Machthaber der Ansicht sind, man könne nur mit Gold Güter tauschen), wenn seine Produktion von außen her durch Goldabzüge lahmgelegt werden kann? Ja, wenn wir alle arbeiten könnten, wenn keine Macht den Vollbetrieb unserer Wirtschaft stören könnte, dann wäre die Aufbringung von  $3\frac{1}{2}$  Milliarden nichts Schwieriges. Aber so ist sie unmöglich. Wir werden also, wenn sich nichts ändert, unsere Verpflichtungen an das Ausland auch fernerhin mit aus Anleihen stammenden Devisen bezahlen. Die Verschuldung unserer Wirtschaft wird weiter wachsen, bis eines Tages die neuen Anleihen nicht mehr ausreichen werden, die Zinsen für die alten zu bezahlen. —

### *Schachts Schuld*

Wie allgemein bekannt, hat der vormalige Reichsbankpräsident Dr. Schacht wiederholt energisch gegen die Methode Stellung genommen, alle möglichen privaten und kommunalen Unternehmungen mit Auslandsanleihen zu finanzieren. Es wurde ihm das jedesmal sehr verübelt, namentlich von sozialistischer Seite. Herr Dr. Schacht lehnte aber die Methode nicht einmal vollständig ab, sondern nur unter gewissen Umständen. Die Aufnahme von Auslandsanleihen wollte er gestatten, wenn sie einem produktiven Unternehmen zugeführt werden. Ein produktives Unternehmen ist in diesem Fall ein Unternehmen, das die Verzinsung und Rückzahlung der Anleihe ermöglicht. Privatwirtschaftlich gesehen bestehen für ein solches Unternehmen keine Bedenken gegen die Aufnahme einer Anleihe; doch volkswirtschaftlich gesehen, erscheint die Sache anders. Woher kommen denn die für die Verzinsung und Rückzahlung erforderlichen Beträge? Doch regelmäßig aus dem Erlös der auf dem Inlandsmarkt verkauften Produkte. Von irgendwelchem Gewinn für unsere Wirtschaft ist nichts zu sehen, solange der ausländische Geldgeber mit seinem Kapital auf diese Weise auch die Zinsen aus unserem Lande zieht. Anders würden die Verhältnisse liegen, wenn eine, nur Exportwaren produzierende Firma mit ausländischem Kapital arbeiten würde. In diesem Falle kämen die einlaufenden Beträge aus dem Ausland. Das wäre produktiv gearbeitet in nationalwirtschaftlichem Sinn.

Aber Herr Dr. Schacht selbst ist überzeugter Anhänger der Goldwährung; es erscheint ihm unmöglich, eine Wirtschaft ohne Gold in

Gang halten zu können. Zur Stabilisierung der Mark benötigte Dr. Schacht eine 800-Millionen-Anleihe, die den Grundstock der neuen Goldwährung abgab. Mit der Einführung der Goldwährung stieß Schacht selber das Tor auf, durch das der Anleihestrom nun unaufhaltsam quillt. Seit 1924 bis heute ist unsere private Verschuldung so stark gewachsen, daß der jährliche Zinsendienst Summen erfordert, mit denen man mehr als die Hälfte der Reparationen bezahlen könnte.

Die Schuld an all dem liegt natürlich nicht bei Schacht allein; sie liegt zum großen Teil schon an seiner Schule. Was muß an unseren Hochschulen gelehrt worden sein, daß diese ganze Generation „berufener Fachleute“ mangels klarer währungstheoretischer Erkenntnisse versagen mußte, daß der aus dem Kreise der hervorragendsten Fachleute, wie man seinerzeit sagte, von der Regierung zum Reichswährungskommissar ernannte Dr. H. Schacht nichts besseres wußte, als die Rückkehr zum Golde! Schachts Glaube an die allein-seligmachende Goldwährung war und ist wohl schlechtweg unerschütterlich. Auf Diskussionen ließ er sich niemals ein. In seinem Buche „Die Stabilisierung der Mark“ sagt Dr. Schacht unter anderem selbst (S. 160):

„Ich habe mich auf theoretische Auseinandersetzungen weder mit den Nominalisten, noch mit den Indexwährungstheoretikern jemals eingelassen und habe immer ganz offen ausgesprochen, daß ich von Währungstheorien allein nicht viel halte, daß ich aber jederzeit bereit sein würde, diejenige Währung anzunehmen, die von Amerika und England angenommen würde. Ich unterlasse es deshalb auch an dieser Stelle, mich mit den Fragen der Goldwährung, der Goldkernwährung, der Devisenwährung usw. auseinanderzusetzen und konstatiere lediglich, daß die metallistische Währungstheorie in der Welt nicht schwächer, sondern stärker dasteht, als je zuvor und daß nichts so sehr wie der Krieg die Überlegenheit der Goldwährung bewiesen hat.“

Ist es da zu verwundern, daß ihm „die Vorstellung, daß neben dem internationalen Goldgeld ein inländisches Zahlungsmittel wie die Rentenmark sich in fester Wertbeständigkeit erhalten könne, so absurd erschien“, daß er „nur den einzigen Gedanken hatte, in welchem Tempo die Rückkehr zum Golde möglich sein würde“ — (aus demselben Buch, S. 94).

Achteinhalf Monate war diese Absurdität Wirklichkeit, ohne

daß Herr Dr. Schacht seine Ansicht revidiert hätte. Die ganze Zeit über waren seine Sinne mit seinem Projekt, der Golddiskontbank, beschäftigt. Es ist nicht so, daß uns die Goldwährung aufgezwungen wurde. Gewiß hatte das Daweskomitee ebenfalls an die Wiedereinführung der Goldwährung gedacht; aber die treibende Kraft war Dr. Schacht. Das Ausland traute uns noch nicht so richtig und zögerte, uns die entsprechenden Beträge an Gold zur Verfügung zu stellen<sup>1</sup>. Ob aus Besorgnissen oder aus taktischen Gründen bleibe dahingestellt.

In dieser Situation wäre es aber jedenfalls nicht ausgeschlossen gewesen, auch einen anderen Plan betreffs der Währungsstabilisierung durchzubringen. Wir sehen hier ganz davon ab, daß man auch hätte die Inflation vermeiden können, wenn eben die richtigen Männer am richtigen Platze gestanden hätten<sup>2</sup>. Aber weder die Regierten noch die Regierenden verstanden etwas von diesen Dingen.

#### *Zurückgewiesene Helfer*

Zu jener Zeit, im Sommer 1923, als das Währungschaos phantastische Ausmaße angenommen hatte, forderte Dr. Stresemann, der gerade Reichskanzler geworden war, in seiner Antrittsrede alle diejenigen, die dazu in der Lage seien, auf, an der Lösung der Währungsfrage mitzuarbeiten. Daraufhin bemühte sich am 17. August 1923 ein Ausschuß von 6 Vertretern der Gesellschen „Freigeldtheorie“ an der wir nun einmal festhalten wollen, obwohl vielleicht dem Leser im Hinblick auf die Rentenmark bis jetzt noch nicht ganz klar ist, warum gerade dieses „Freigeld“ das richtige sein soll, zum Reichskanzler, um ihm die ausgearbeiteten Vorschläge zu unterbreiten. Dr. Stresemann verwies die Herren an das Reichsfinanzministerium, dem zu derselben Zeit Dr. R. Hilferding als Finanzminister vorstand. Doch der Finanzminister hatte keine Zeit und beauftragte seinen De-

<sup>1</sup> Schacht sagt das in dem erwähnten Buch selbst (siehe S. 107). Die Stelle kann hier wegen Raummangel nicht angeführt werden.

<sup>2</sup> Es hätte auch genügt, wenn die Reichsbank, mit der sich Silvio Gesell schon 1914 in Verbindung gesetzt hatte, auf ihn gehört hätte. Einen interessanten Brief Gesells an die Reichsbank veröffentlicht Dr. B. Uhlemayr in seiner Broschüre „Silvio Gesell“ (S. 49). In diesem Brief verwarft sich Gesell höflich aber bestimmt gegen die wohl etwas abschätzig Behandlung seiner Vorschläge von seiten der Reichsbank; und er erklärt den Herren, daß seine Theorie des Geldes ihm seinerzeit erlaubt habe, gegen alle landläufigen Axiome der Goldwährung, gegen die Presse und die öffentliche Meinung schwimmend, der argentinischen Regierung (Gesell lebte 1887—1900 und 1907—1911 in Buenos Aires) den Plan zur Gründung einer Konversionskasse vorzuschlagen. Die Durchführung seines Vorschlags hatte die von ihm vorausgesagten glänzenden Erfolge.

zernenten für Währungsfragen, die Vorschläge entgegenzunehmen und zu gegebener Zeit (!) ihm darüber zu referieren. Also gelangte man endlich an einen Oberregierungsrat, der mit sich reden ließ. Im Laufe der Besprechung verriet dann der Dezernent für Währungsfragen, daß die unterbreiteten Vorschläge im Reichsfinanzministerium bereits bekannt seien, aber das Reichsfinanzministerium nicht dazu Stellung nehmen könne, bevor sich Autoritäten dazu bekennen. Er sagte etwa wörtlich: „Bringen Sie uns Autoritäten, Universitätsprofessoren oder Bankdirektoren, die sich zu ihrer Lösung des Währungsproblems bekennen, dann wollen wir gern ihre Vorschläge prüfen<sup>1</sup>. Die Vorschläge wurden also überhaupt nicht geprüft, weil sie nicht von Autoritäten kamen. Wer gilt denn bei diesen Herren als Autorität? Akademiker, Professoren, die sich zu dem Gesellschen Vorschlag stellen, gelten als Außenseiter und nicht mehr als Autorität. Autoritäten waren Leute, wie etwa der damalige Reichsbankpräsident Havenstein. Wenn solch ein Mann einfach sagt: „Ich warne vor Experimenten!“ dann glaubt alle Welt, er versteht etwas von der Sache. Was die Bankdirektoren und Universitätsprofessoren betrifft, steht jedenfalls fest, daß gerade diese überraschend wenig von Währungsfragen verstanden haben. Es ist das nicht nur die Ansicht der Reformer, die ja immer zuerst gegen die herrschenden Lehren und Meinungen ankämpfen müssen, schon weil sie mit neuen positiven Vorschlägen gar nicht durchdringen können, solange Autoritäten ihnen den Weg versperren. Man teilt diese Ansicht über die „gegebenen Fachleute“ auch in den Kreisen, die nur negative Kritik üben, also, wenn man so sagen will, „unvoreingenommen“ urteilen. Dr. F. Pinner berichtet in einem Aufsatz über „Berliner Bankdirektoren“<sup>2</sup>, daß ihn während der Zeit der großen Stabilisierungsdiskussion einmal ein hoher ausländischer Diplomat gefragt habe, wie das komme, daß die sonst so tüchtigen deutschen Bankdirektoren von Währungsfragen nichts verstünden (!), sondern kritiklos nachbeteten, was ihnen eine gleichfalls währungspolitisch nur oberflächlich orientierte Vulgär-Ökonomie vorspräche (!). Pinner erklärte das aus einem Mangel an Zeit. Für die Bankdirektoren kann man diese Entschuldigung vielleicht noch durchgehen lassen, für die anderen Fachleute aber gilt sie nicht.

Auch der englische Botschafter, Lord d'Abernon, äußerte sich 1922 in London zu dem bekannten amerikanischen Währungstheoretiker

---

<sup>1</sup> „Letzte Politik“, 8. Jahrgang Nr. 19.

<sup>2</sup> Felix Pinner: Deutsche Wirtschaftsführer, S. 220.

Prof. Irving Fisher, der einer der wenigen ist, die für die Indexwährung eintreten: „Professor Fisher, Sie werden in Deutschland wenig Menschen finden, die wissen, daß die Mark gefallen ist“<sup>1</sup>. Professor Fisher hielt das kaum für möglich; aber seine Erfahrungen anlässlich seiner Studienreise durch Deutschland bestätigten die Richtigkeit dieser Behauptung.

Die Sachlage war also die, daß die gegebenen Fachleute so wenig wie die Politiker, und diese nicht mehr als das Volk von den brennendsten Tagesfragen verstanden haben. Die wenigen aber, die eine klare Übersicht hatten, wurden lächerlich gemacht. Alle ihre Vorstöße prallten am Panzer der Verständnislosigkeit ab. Wo sich irgendeiner dazu herbeiließ, die Gesellschen Theorien und Vorschläge einer Kritik zu unterziehen, da griff er sich eben die Einzelheiten aus dem Gesellschen Vorschlägen heraus, die durch allzu starkes Abweichen von den bisherigen Gepflogenheiten auffielen. Warum das so und nicht anders vorgeschlagen wurde, das untersuchte man gar nicht erst, es genügte vollständig, daß etwas anders gemacht werden sollte, als die Alten taten, um die Sache oft genug mit geradezu empörend oberflächlicher Argumentation abzutun. Besonders dankbaren Stoff stellt für solche Kritiker heute noch die „Schwundidee des Freigeldes“ dar. Das betrachten sie als eine Art fixe Idee von Gesell. Gesell selbst vertrat aber lediglich die Ansicht, daß das Geld ein zu allen anderen Zwecken unbrauchbares Tauschmittel sein soll und bedingungslos gleichmäßig umlaufen muß. Das bisherige Geld jedoch entspricht, wie Gesell nachgewiesen hat, diesen Anforderungen nicht; es versagt, vornehmlich bei schwächer werdender Zinslockung, seinen Dienst und löst damit Wirtschaftskrisen aus.

Deshalb schlägt er vor, die Lockung durch einen Antrieb zu ersetzen. Statt das Verleihen des Geldes mit Zins zu belohnen, soll sein Zurückhalten mit einem Verlust bestraft werden. Denn das Geld gehört der Wirtschaft, in der es eine Funktion auszuüben hat, die es nicht ausüben kann, wenn es von seinen Inhabern festgehalten wird. Auch der Hinweis auf die notwendige Sparsamkeit rechtfertigt nicht die Unterbrechung der Geldzirkulation. Man soll nicht das Geld sparen, sondern Geldforderungen (Guthaben). Die ersparten Tauschmittel leitet man durch Sparkassen und Banken wieder in den Wirtschaftskörper, wo sie ihrem Zwecke dienen. Man tut das unter dem Antrieb auch dann, wenn keine Zinsen mehr bezahlt werden. Zu dem Zeitpunkt, da man sein Erspartes selber braucht, weiß man ja, wo es

<sup>1</sup> Irving Fisher: Die Illusion des Geldes, S. 2.

zu holen ist. Inzwischen hat aber dieses Geld mitgewirkt beim Bau von Häusern, Fabriken, Bahnen, Straßen, Kanälen, Schiffen, Automobilen und unendlich vielen anderen Gütern und Waren. Der Volkswohlstand hat sich gesteigert, das Realkapital hat sich vermehrt und damit den Zins gesenkt. Es kommt also der Zeitpunkt, wo die Lockung zu schwach würde und das Geld gern streiken würde, wenn nicht der drohende Verlust zu weiterem Zirkulieren anspornte. Darin liegt nun das Wesentliche des Gesellschen Geldes, daß es zirkulieren muß, ob die Zinslockung besteht oder nicht. Es kann keine Wirtschaftskrisen mehr geben, wenn die Produktion von Gütern nicht unterbunden wird, und diese Unterbindung ist unmöglich, wenn das Tauschmittel bedingungslos gleichmäßig zirkuliert, sozusagen der Willkür seiner jeweiligen Inhaber entzogen ist.

Die Ankurbelung und dauernde Inganghaltung der Wirtschaft ist, das hat sich eigentlich schon zur Genüge herumgesprochen, ein Problem des Absatzes. Die Absatzbelebung kann aber nur kommen, wenn auch jene Einkommensteile, die nicht sofort verbraucht werden können, also vor allen Dingen die gewaltigen Beträge, die als Kapital- und Grundrente einer (da der Mittelstand verarmt ist) verhältnismäßig dünnen Oberschicht zufließen, auf irgendeine Weise, sagen wir, zur Finanzierung des Wohnungsbaus, wieder in die Wirtschaft kommen. Wird über diese Beträge nicht in dem genannten Sinne verfügt, sei es aus Rücksicht auf die Sicherheit der Anlagen oder wegen zu geringer Verzinsung, dann kann es nicht anders sein als daß Schwierigkeiten entstehen, die das Wirtschaftsleben erschüttern. Nun braucht man sicherlich gerade kein besonders tiefgründiger Denker zu sein, um die Notwendigkeit des Geldumlaufes zu bejahen; auch die Einsicht, daß dieser Geldumlauf noch sehr zu wünschen übrigläßt, solange er nur funktioniert, wenn gewisse Bedingungen erfüllt werden, ist nicht schwer zu erlangen. Warum lehnt man nun aber einen Vorschlag ab, der — wenn er befolgt würde — das Geld zu dem machen würde, was es sein soll, zu einem einwandfrei zirkulierenden und damit vollkommenen Tauschmittel? Weil der Vorschlag neu ist! Und weil die Tragweite der Ideen von den in Parteikämpfen verwickelten Politikern gar nicht übersehen wird. Diese Männer haben sich nie mit dergleichen Fragen beschäftigt. Sie betrachten das herkömmliche Geld als vollkommen, suchen die Ursachen der Wirtschaftskrisen auf Gebieten, wo sie nicht liegen und sind im übrigen dauernd mit Problemen beschäftigt, die sie selbst heraufbeschworen haben. Die Fach-

leute aber sind teilweise an dem Weiterbestehen der gegenwärtigen Zustände interessiert; oder — falls sie Wissenschaftler sind, bäumt sich ihr Gelehrtenstolz auf gegen „Freigeld“ und „Schwund“-Ideen und all die Lehren, die nicht aus den Universitäten stammen und nicht in streng wissenschaftlichem Gewand auftreten<sup>1</sup>. Man kann auch aus Prestige Gründen den Fortschritt hemmen.

Für alle diejenigen aber, die ernsthaft nach einer Lösung suchen, handelt es sich nicht um diese Äußerlichkeiten, um Worte und Benennungen, sondern um den Kern der Sache, und der ist, daß irgendeine Methode gefunden werden muß, das Geld zum Zirkulieren zu zwingen. Wenn irgend jemand eine bessere Methode kennt als Gesell, dann — heraus damit! Diejenige Methode, mit der der Zweck am sichersten erreicht wird, ist logischerweise die vollkommenste. Vorläufig gibt es nun aber noch keinen besseren Vorschlag als den, den Gesell uns macht. Unter seinem „Freigeld“ liegt es im ureigensten Interesse eines jeden Einzelnen, den Geldumlauf in Bewegung zu halten. Allerdings, wenn man der etwas unbequemen Neuerung am Gelde<sup>2</sup>, Krisen, Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend vorzieht, dann wird man sich anders entscheiden. Aber diese Überlegungen kommen ja nicht in Frage. Man lehnt das Freigeld ohne Überlegung ab, weil man es nicht versteht und die ganze Sache für zwecklos hält. Wer es verstanden hat, lehnt es nicht mehr ab. Daß ein geregelter Geldumlauf für die Wirtschaft von lebenswichtiger Bedeutung ist, wird auch von Fachleuten und Politikern anerkannt. Diese haben sich

---

<sup>1</sup> Der von den Kritikern Gesells des öfters angewandten Methode, durch andere als von Gesell gedachte Begriffsbestimmung seiner Worte Widersprüche zu konstruieren, tritt Prof. Dr. H. Svestrup in seiner Schrift „Die Freiwirtschaftslehre als Wissenschaft, Weisung und Technik“ (Verlag Rudolf Zitzmann) entgegen: „... Gegenüber diesen Leistungen in der Sache ist es vollkommen unerheblich, ob Gesell die zünftige Sprache des Gelehrten oder die bewegtere des Bauern und Kaufmanns gesprochen hat. So unzweifelhaft wichtig eine saubere und strenge Sprache der Wissenschaft ist, so unsinnig wäre es, Sache und Sprache miteinander zu verwechseln. Kindlich handeln die, die glauben, Gesell „widerlegen“ zu können, indem sie ihm „Widersprüche“ nachweisen durch Gegenüberstellung von einzelnen Stellen abweichenden Wortlauts. Wenn irgendwo, so gilt für Gesell, daß sich der Sinn aus dem logischen Gefüge des ganzen Zusammenhangs ergeben muß.“

<sup>2</sup> Dem gelegentlichen Einwand, die mit der Neuerung verbundenen Kosten würden ihre Vorzüge wieder aufheben, ist entgegenzuhalten, daß diese Kosten, 200 Millionen Reichsmark pro Jahr (5% von 4 Milliarden Geldumlauf), aus dem jährlichen Volkseinkommen, das nach der Durchführung dieser Reform auf mindestens 80 Milliarden Reichsmark veranschlagt werden darf, bezahlt werden müssen. So ergibt sich die Rechnung, daß der Kostenaufwand der Geldreform den einzelnen mit einem Durchschnitt von 0,25% seines Einkommens belastet.

sogar schon dazu verstiegen, im „Deutschen Münzgesetz vom 30. August 1924“ dem Rechnung zu tragen. Dort heißt es wörtlich:

§ 14 Abs. 2 „Der Reichsminister der Finanzen ist befugt, mit Zustimmung des Reichsrates die zur Aufrechterhaltung eines geregelten Geldumlaufs erforderlichen polizeilichen Vorschriften zu erlassen“. Wie sich die Gesetzgeber das wohl vorgestellt haben?

Immerhin ist es doch ein kleiner Fortschritt, daß man an höchster Stelle schon bis zu der Anschauung vorgedrungen ist, daß der Geldumlauf etwas ist, das man regeln kann und soll. Das berechtigt zu der Hoffnung, daß man doch gelegentlich einmal die Vorschläge anhört, die die Mitwirkung der Sicherheitsorgane als überflüssig erscheinen lassen. Im Ernst gesprochen: es handelt sich zunächst tatsächlich nur um ein „Anhören“, um einen Meinungsaustausch, einen öffentlichen Meinungsaustausch. Es ist selbstverständlich, daß diese Dinge nicht von heute auf morgen geändert werden können. Man muß sich aber darüber klar werden, daß sie einmal geändert werden müssen, und es ist zu befürchten, daß zum bestgeeigneten Zeitpunkt wieder Männer am Steuer stehen, die nicht wissen, was ein Kompaß ist. Bis jetzt war das regelmäßig der Fall. Weiß die deutsche Öffentlichkeit, daß im Jahre 1919 der Weimarer Nationalversammlung vonseiten des Freiwirtschaftsbundes ausgearbeitete Vorschläge zur Neuregelung der Währungsfrage unterbreitet wurden, zu einer Zeit, da die Inflation hätte aufgehalten werden können?

Im allgemeinen haftet in allen halbinformierten Köpfen die Vorstellung, daß Gesells Vorschläge Experimente seien, wie das von den „Sachverständigen“ behauptet wurde. Daß diese Vorstellung sich soweit verbreiten und so sicher Wurzel schlagen konnte, ist wohl nicht zum geringsten Teil dem ehemaligen Reichsbankpräsidenten Havenstein zu verdanken.

Gesell, der unter den denkbar ungünstigsten Umständen am 8. April 1919 das Amt des Finanzministers der ersten Bayerischen Räteregierung übernommen hatte, informierte sofort nach seinem Amtsantritt das Reichsbankdirektorium über seine Absichten, die Wege der systemlosen Papiergeldwirtschaft zu verlassen, und zur absoluten Währung überzugehen. In Berlin wußte man wohl nicht, was „absolute Währung“ ist; jedenfalls telegraphierte Havenstein an Gesell: „Ich warne vor Experimenten!“ Dieses Telegramm fand im Zusammenhang mit irreführenden Darstellungen der Gesellschen Pläne seinen Weg durch die Presse. Gesells Ideen waren

damit zunächst erledigt. Es ist sehr wohl möglich, daß allein die Erinnerung an diese Ereignisse dem, der Weimarer Nationalversammlung unterbreiteten, die Neuregelung der Währungsfrage betreffenden, Vorschlag des Freiwirtschaftsbundes eine ungünstige Aufnahme bereitete. Man wollte sich nicht auf als Experimente gebrandmarkte Ideen einlassen — und fiel dann umso sicherer dem Inflationsexperiment Havensteins zum Opfer.

#### „Graue“ Theorien?

Wenn auch gerade die letzten zehn Jahre überwältigende Beweise für die Richtigkeit der Gesellschen Theorien geliefert haben, muß doch gesagt werden, daß sie auch ohne diese Beweise hätten verstanden werden können. Wie sehr sachlich fundiert Gesells Lehre ist und wie hellsichtig sie daher macht, zeigen z. B. folgende Sätze, die Ernst Frankfurth, einer der ersten Mitarbeiter Gesells, am 3. August 1914 im letzten Abschnitt seines neuen Buches „Geldbriefe vom Silberstrom“ schrieb:

„Da haben wir endlich die Bescherung. Ob man noch immer nicht genug für den Krieg gerüstet hatte, oder ob das Schlagwort mal daneben gehauen hat? Jetzt möchte ich nur eins, alle Beteiligten haben Goldwährung; jetzt möchte ich weiter nichts, als daß alle ohne Ausnahme an dieser vielgerühmten Währung festhielten. Festhielten, koste es, was es wolle! Dann hätten wir nach 8 Tagen spätestens wieder Frieden. Die Staaten sanken wegen vollkommener Anämie, an allgemeiner Erschöpfung zusammen. Rußland hätte noch längst nicht zu Ende mobilisiert, da könnte Väterchen Nikolaus schon wieder mit dem Palmwedel winken. Aber ich fürchte, es kommt anders. Man hat die Goldwährung geduldig ertragen, so oft und so gern sie zu Arbeitslosigkeit, zu Hunger, Verbrechen und Elend mitten im Frieden zwang; aber wenn das nervöse, feige Goldgeld die Völker hindert, über ihre derzeitigen Erbfeinde herzufallen, wenn es die besondere Arbeit, die auf Zerstörung und Totschlag gerichtet ist, lahmlegen will, das kann man sich nicht gefallen lassen, dann fliegt die Goldwährung über Bord.

Der eine Staat wirds so machen, der andere so. Pfuschen werden sie alle. Es wird sich manches an praktischen Beispielen zeigen, was bisher nur dem bewiesen werden konnte, der denken wollte. Es gilt also, zu beobachten. Später reden wir wohl noch darüber. Vorläufig stelle ich diese Briefe ein. Die Zeit ist jetzt zu aufgeregt zum ruhigen Schreiben, oder ehrlicher gesagt, ich bin's.“

Frankfurth starb im Jahre 1916; doch jetzt reden andere — und erzwingen sich Gehör. —

Heute haben wir diese Unglückswährung wieder und es stellen sich auch prompt die Komplikationen ein, die nun einmal zu ihr gehören. Aber Dr. Schacht, der sie uns beschert hat, meint in seinem Buch, daß nichts so sehr wie der Krieg die „Überlegenheit“ der Goldwährung bewiesen habe. Wie man doch ein und dieselbe Sache so verschieden betrachten kann! Sicherlich meint Dr. Schacht auch, man hätte sie beibehalten sollen. Es fragt sich nur: Wer? Wir — — oder die anderen?? Lange Überlegung gibt es da nicht, wer zögert, ist verloren. Das wußten alle, und deshalb flog die Goldwährung über Bord. Ein anderer Ausweg blieb den kriegführenden Staaten gar nicht. Die überraschend gleichzeitige Abschaffung in allen beteiligten Ländern sollte doch darüber belehren, daß diese Maßnahmen nicht im Belieben der Regierungen standen, die sich so oder auch anders entscheiden konnten, sondern daß vielmehr die Natur dieser Währung gar keine andere Entscheidung zuließ<sup>1</sup>. Man weiß in aller Welt, daß im Augenblick der Gefahr das Goldgeld vom Volke gehamstert und verschatzt wird, und man weiß, daß die damit einsetzende Stokkung der Wirtschaft die Stoßkraft der Armeen lähmt. Ein Beibehalten der Goldwährung kommt in dieser Situation einem Selbstmord gleich, zumal jeder Staat ganz genau weiß, daß der Gegner sie nur aufzugeben braucht, um sich einen Vorsprung zu sichern. Es ist ja bezeichnend für die „Überlegenheit“ der Goldwährung, daß sie just in dem Augenblicke nicht mehr gilt, wo das Volk die Absicht hat, den Geldstoff zu reklamieren, weil das haltbare Metall sich am besten zum Verschatzen eignet. Nachher, wenn wieder andere Zeiten sind, und kein Mensch auf den Geldstoff Wert legt, weil man zum Wirtschaften nur das Tauschmittel braucht, ist diese Goldwährung wieder da und dann wird behauptet, der Geldstoff ist die Währung; ausgerechnet dann, wenn ihn niemand will. Als man ihn wollte — — war er weg.

---

<sup>1</sup> Karl Helfferich gab einmal anläßlich einer sozialpolitischen Tagung in Berlin Professor Wagner gegenüber unumwunden zu, daß ein moderner Krieg nur mit „Papier“ geführt werden könne (Reg.-Rat Dr. Nölle, Kriegsfinanzierung durch Inflation. *Freiwirtschaftliches Archiv*, September 1929, 5. Jahrg., Nr. 9, S. 279).

Lager des Sozialismus abdrängen; so sehr hängt er am Eigentum. Sein Klassenbewußtsein erwacht erst, wenn ihm der Druck der materiellen Not unerträglich wird.

Zu diesen natürlichen Widerständen gegen den Sozialismus kommt nun also, daß die Lösung der sozialen Frage ohne Beseitigung des Privateigentums möglich ist.

#### *Geldwesen und Finanzmacht*

Marx hat die Tendenz zur Konzentration des Kapitals wohl richtig beobachtet. Sein Blick blieb aber da hängen, wo der Zuwachs, der Mehrwert an die Oberfläche tritt. Zu den tiefer liegenden Ursachen der Konzentration ist er nicht vorgedrungen.

Diese Ursachen liegen im Geldwesen, dem Marx zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt hat. Das Geld selbst bezeichnet er als unfruchtbar, es trägt, wie er sagt, keine Früchte und wirft keine Jungen, daraus folgert er dann, daß der Vermögenszuwachs nur von einem fruchttragenden Acker oder einer kalbenden Kuh oder dem mit Hilfe der Maschinen „Mehrwert“ schaffenden Menschen herkommen könne.

Demgegenüber erklärt Gesell, daß die Erzeugung von Gütern und Produktionsmitteln stockt, wenn das Geld sich dazu nicht mehr zur Verfügung stellt; dies aber geschieht immer, wenn der Zins unter eine bestimmte Grenze sinkt. Infolge dieser, durch den Geldstreik verursachten Drosselung der Produktion wird die Marktlage immer wieder für die Erzielung eines über die (gerechtfertigten) Produktionskosten hinausgehenden Preises, des Kapitalzinses („Mehrwert“) gerettet. So liegt die eigentliche Ursache der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen im Geldwesen. Der Zins ist nichts anderes als ein Tribut, den diejenigen, die das Tauschmittel als Sparmittel mißbrauchen (wir tun es alle) dafür erheben, daß sie von dem Mißbrauch Abstand nehmen und das Geld wieder der Produktion dienen lassen.

Bei der Beschaffenheit des heutigen Geldes gibt es keine andere Möglichkeit, die verschwundenen Tauschmittel aus den Kassenschränken und Spartöpfen zu locken und wieder in Bewegung zu bringen, als durch die Zinslockung. Das Geld nimmt nun einmal unter allen Gütern eine Vormachtstellung ein. Es ist als Tauschmittel nicht zu entbehren, und dieser Vorzug verleiht ihm im Zusammenhang mit seiner Unzerstörbarkeit, die es zum Sparmittel geeignet macht — allen anderslautenden Lehren zum Trotz — die Fähigkeit, „Mehrwert“ einzubringen.

Dieser Vorzug ist es, in dem die unbedingte Überlegenheit des Finanzkapitals wurzelt, was von den in den verwickelten Theorien des Marxismus verstrickten Sozialisten doch allmählich begriffen werden müßte, zumal sich diese Überlegenheit schon oft genug greifbar deutlich gezeigt hat.

Es ist zwar beinahe schon vergessen, aber doch eine historische Merkwürdigkeit, daß in Deutschland die stärkste Partei sozialistisch marxistischer Richtung in Herrn Dr. R. Hilferding einen Finanzminister stellte, der 1929 — um aus den Finanzschwierigkeiten herauszukommen — eine Anleihe aufnehmen mußte, die er mit der Befreiung von der Einkommen-, Vermögens-, Erbschafts- und Kapitalertragssteuer ausstattete. Entgegenkommender kann man gegen die Finanzmacht kaum sein. Die Parteigenossen des Finanzministers haben ihm damals seine Handlungsweise zwar sehr übelgenommen; aber schließlich hätte es keiner von ihnen anders machen können, da sie alle zu denselben Lehren stehen. Man darf sicher sein, der sozialdemokratische Finanzminister hätte einen anderen Ausweg gefunden, wenn es unter diesen Umständen einen anderen gäbe. Aber was sollte er denn machen? Wenn man die Goldwährung für das Richtige hält, dann muß man dem Finanzkapital Konzessionen machen, um es zu halten. Anders geht es nicht, zumal in Deutschland der Boden für Kapitalsanlagen manchem zu heiß ist. Man will sein Geld nicht festlegen, solange die Sozialisierung droht und die politische Entwicklung kaum auf Monate, geschweige denn auf Jahre vorausszusehen ist. Die Vorsichtigen haben ihre Gelder seit langem im Ausland. (So kann man unter Umständen auf dem Umweg über Auslandsanleihen die eigene Industrie finanzieren, ohne daß das Kapital ernstlich gefährdet wäre, denn es ist ja „ausländisches“ Kapital.) Wenn das Kapital also in Deutschland bleiben soll, dann muß dem Ertrag, den es im Ausland an Zinsen bringen würde, noch eine gewisse Risikoprämie zugeschlagen werden. Diese Risikoprämie macht die Differenz zwischen deutschen und ausländischen Zinssätzen aus. Bei einem Ausgleich der Zinssätze zeigt das Kapital das Bestreben, sich aus Deutschland zurückzuziehen. Im Falle der Hilferdingschen Reichsanleihe stellen die Steuervergünstigungen eine weitere Erhöhung des Reinertrages dar, der im günstigsten Fall, bei Zeichnung größerer Beträge, dem einer 11—12proz. Verzinsung anderer, steuerlich weniger schonend behandelter Kapitalien entsprechen soll.

Solches hatte nun ein Sozialdemokrat gemacht (und damit kam die S.P.D. um das Propagandamaterial, das sich aus dem Vorkomm-

nis hätte schlagen lassen, wenn ein bürgerlich-kapitalistischer Finanzminister gesündigt hätte).

Aber es ist regelmäßig so; sobald ein Sozialist aus der Masse auftaucht und zu verantwortlichem Posten aufsteigt, ist er genötigt, seine schönen Theorien preiszugeben. Er kommt zur Erkenntnis, daß es nicht so geht, wie Marx gedacht hat. Und das ist gut. Würde er das nicht einsehen, und die Welt nach seinem Kopf, bzw. dem Marxens ordnen wollen, dann wäre das eine Wiederholung des russischen Experimentes, unter für das Gelingen weitaus ungünstigeren Bedingungen.

Die Umstände, die in jener Zeit zur Verschlechterung der Reichsfinanzen wesentlich beitrugen, sind bekannt. Das Reich war den Ansprüchen der Arbeitslosenfürsorge nicht mehr gewachsen.

Damals erklärte man die große Arbeitslosigkeit aus der ungewöhnlich strengen Kälte des Winters 1928—1929, eine Erklärung, die, obwohl der Konjunkturabstieg schon im Sommer 1928 eingesetzt hatte, wiederholt vom Reichsfinanzminister abgegeben wurde. Die im Sommer begonnene Verschlechterung der Wirtschaftslage mußte sich auf alle Fälle im Winter noch drückender bemerkbar machen, auch wenn er nicht ganz so streng ausgefallen wäre. Man kann zwar nicht ausrechnen, wie sich die Lage bei günstigerer Witterung entwickelt hätte, aber man darf vermuten, nicht viel anders. Der Konjunkturverlauf ist doch nicht einfach aus dem Wetter zu erklären. Die Reserven der Arbeitslosenversicherung wurden nicht allein von den Saisonarbeitern aufgezehrt. Es gab auch noch andere Arbeitslose. Aber im allgemeinen wird bei uns die Arbeitslosigkeit als etwas Unabänderliches hingenommen und die Tätigkeit des Staates beschränkt sich darauf, die von dem Unabänderlichen Betroffenen zu unterstützen. Hier stößt man wieder auf den Punkt, wo die hohe Politik an den Folgen herumdoktert, statt die Ursachen zu ändern. Die Herren zerbrechen sich monatelang den Kopf darüber, wo man die Mittel heraussteuern könnte, um die Arbeitslosen zu unterhalten, während es ihre eigentliche Aufgabe wäre, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, bzw. die Hindernisse wegzuräumen, die den Vollbetrieb der Wirtschaft stören und aufhalten. Für die Gesamtheit wäre doch dies der ersehnte Zustand; daß die Arbeitslosenfürsorge überflüssig wird. Statt nun nach einem Wege zu suchen, auf dem das zu erreichen ist, bemüht sich der Staat, aus der mit Ach und Krach arbeitenden Wirtschaft die Mittel herauszupressen, die zur Unterhaltung derjenigen nötig sind, die nicht arbeiten dürfen.

Die Arbeitskraft der Feiernden muß erhalten werden ohne daß sie sich betätigen darf.

Diese Dinge werden nicht sachlich verstandesmäßig, sondern gefühlsmäßig betrachtet; es sind Menschen, Volksgenossen, die keine Arbeit haben und deshalb verhungern müßten, wenn der Vater Staat nicht für sie sorgen würde. Also sorgt er für sie. Das macht er so, daß er dem einen nimmt und dem andern gibt. Wenn die Wirtschaftslage sehr gespannt ist und die Arbeitslosenziffer über 2 Millionen klettert, dann muß er mehr geben als er nehmen kann. In diesem Falle nimmt man dann eben Anleihen auf oder erhebt neue Steuern.

Warum ist nun aber die Wirtschaftslage so gespannt? Warum haben so viele Menschen keine Arbeit? Arbeit ist doch nicht irgendeine Substanz, von der ein gewisses Quantum, das vielleicht ab und zu vom Himmel fällt, so zur Verteilung gelangt, daß ein Teil der Arbeitssuchenden zu kurz kommen muß, weil etwa das Quantum nicht für alle reicht. Solange Hunderttausende oder Millionen von Menschen in engen Mietskasernen, in Kellerwohnungen und dumpfen Hinterhöfen hausen, solange die breiteste Volksschicht mehr vegetiert als lebt, von Generation zu Generation immer mehr körperlich und geistig herunterkommt, weil sie an allem Mangel leidet, solange gibt es auch Arbeit. Ein Volk, das Bedürfnisse hat, hat Arbeit. Und Bedürfnisse hat man immer. Auch hier kommt der Appetit mit dem Essen. Nach der Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse tauchen andere, weniger dringende auf. Erst muß der Mensch sich sattessen, sich kleiden und gesund wohnen, ehe er für andere höhere Dinge Interesse zeigen kann. Dann aber, wenn er das alles hat, dann wachsen seine Ansprüche. Und warum sollten sie das nicht? Er braucht ja nur zu arbeiten, um die Mittel zu erwerben, seine Bedürfnisse zu befriedigen.

Aber das ist heute noch nicht möglich. Wohin käme die Rente, wenn man die Produktivkraft der Arbeit entfesseln würde? Wie in Amerika, so würde auch bei uns der Kapitalertrag zugunsten des Arbeitsertrages zurückgehen. Denn die Höhe des Kapitalertrages hängt ab von den Marktverhältnissen. Entfesselt man die Produktivkraft der Arbeit, dann stürzt sie sich auch auf die Produktion von Sachgütern, Wohnungen, Realkapital, und verändert so das Marktverhältnis zwischen Kapitalangebot und Kapitalnachfrage in der Richtung eines allmählichen Ausgleichs zwischen beiden, wobei die Gewinnchancen des Kapitals schwinden würden. Da dies aber

ein Versiegen der Zinsquelle bedeutet, darf es nicht geschehen<sup>1</sup>. Deshalb zieht sich das Geld aus der Wirtschaft zurück, unterbricht den Produktionsprozeß und zwingt die Arbeitslosen, gewisse Erträge der Wirtschaft, die andernfalls der Kapitalbildung dienen, und so auf den Zins drücken könnten, aufzuzehren. —

Alles dies deshalb, weil über den Bedürfnissen des schaffenden Menschen die des Parasiten stehen. —

Es wird in der Wirtschaft kein Geld produziert, es werden Güter geschaffen; und mit Hilfe des Tauschmittels Geld werden diese Güter verhandelt. Wer nun durch den Kapitalertrag, der nur unter den angegebenen Umständen zu erzielen ist, in den Besitz von Geld kommt, ohne daß er eine Ware oder irgendeine Leistung dafür gegeben hat, schöpft aus dem geschaffenen Güterstrom, ohne ihm etwas zuzuführen. Die Zuführung ist immer die Leistung der Arbeit.

Vielleicht ist es angebracht, hier einzuschalten, daß damit nicht gesagt sein soll, nur produktive Arbeit habe als Arbeit zu gelten. In der arbeitsteiligen Wirtschaft gibt es Arbeitsposten, die an sich wohl unproduktiv sind, wie Kaufleute, Beamte, Lehrer, Schriftsteller, Gelehrte, Künstler usw. Doch die Leistungen dieser Stände kommen indirekt der Gesamtwirtschaft zugute. Für den Organismus der Wirtschaft ist es vorteilhafter, daß auch die sog. unproduktive Arbeit von Spezialisten geleistet wird. Selbstverständlich darf aber die Verteilung der gesamten Arbeitskräfte nicht so vorgenommen werden, daß sich zuviele mit unproduktiver Arbeit beschäftigen müssen, wie das beim Verteilungsapparat des marxistischen Staates und auch heute der Fall ist.

Wenn nun noch geltend gemacht wird, daß der Güterstrom nicht nur von der Arbeit gespeist werde, sondern auch von den Rohstoffen und Naturprodukten, muß dazu gesagt werden, daß dies Dinge sind, die die Natur dem Menschen kostenlos zur Verfügung stellt. Soweit eine Ware nicht Arbeitsprodukt ist, ist sie Rohstoff,

---

<sup>1</sup> Einer der gewandtesten Kritiker Gesells, Dr. Walter Wegelin, gibt in seiner Schrift „Tauschsozialismus und Freigeld“ zwar zu, daß die Bedingungen, unter denen ein Kapitalertrag (Zins) zu erzielen ist, in der verhältnismäßigen Knappheit des Kapitalangebots zur Nachfrage gegeben sind, behauptet aber, es sei unmöglich, der Nachfrage nach Kapitalgütern soweit gerecht zu werden, daß der Zins verschwindet. Es sei unmöglich, den Mangel zu beheben, denn die Arbeitskraft sei begrenzt und müsse „in erster Linie der Fürsorge für die unmittelbare Bedürfnisbefriedigung gewidmet bleiben“ (S. 101).

Daß wir im Hinblick auf die 16 Millionen Arbeitslosen der Kulturwelt (vorsichtigste Schätzung Mitte 1930) nicht zu der Ansicht des gelehrten Kritikers zu bekehren sind, wird der Leser verständlich finden.

den die Natur kostenlos liefert. Wenn nun dieser Anteil, den die Natur geliefert hat, von dem Konsumenten in Geld bezahlt werden muß, dann fließt das Geld demnach Personen zu, die dafür nichts geleistet haben. Diese Personen sind direkt oder indirekt (als Hypothekengläubiger) die Besitzer des Bodens, den der Mensch als Lebensraum braucht, auf dem die Naturprodukte wachsen oder die Rohstoffe gefunden werden. Den Gewinn, den sie damit, weniger aus dem Boden als aus der Gesellschaft ihrer Mitmenschen ziehen, nennt man Grundrente<sup>1</sup>. Grundrente ist ein Tribut für die Benutzung des Bodens, auf den alle Menschen angewiesen sind. Jedenfalls ist sie, wie der Kapitalzins, arbeitsloses und folglich ungerechtfertigtes Einkommen. Es fließt also unter der gegenwärtigen Wirtschaftsform aus zwei Quellen arbeitsloses Einkommen, aus Geld und Boden. Beide Quellen werden gespeist aus dem Güterstrom, den die Arbeit geschaffen hat und aus dem zu schöpfen allein den Schaffenden zusteht.

Wenn nun nach der Geldreform die eine Quelle (des Kapitalzinses) allmählich versiegt, womit die Macht des Finanzkapitals zu Ende ginge, bleibt immer noch die zweite Quelle (der Grundrente), die sich nicht verstopfen läßt. Aber sie kann abgefangen und ihre Ergiebigkeit dahin gelenkt werden, wo sie letzten Endes doch denjenigen zukommt, die einen Anspruch darauf haben. An anderer Stelle wird darüber noch näheres zu sagen sein.

### *Zwei Begriffe*

Den Anspruch auf Zins und Renteneinkommen begründet man gemeinhin mit dem Hinweis auf die Produktivität des Realkapitals. Doch sind Produktivität und Rentabilität nicht dasselbe; wenn erstere sich voll entfaltet, geht, wie die Erfahrung lehrt, diese zurück. Produktiv werden die Produktionsmittel immer arbeiten, wenn sie überhaupt in Tätigkeit gesetzt werden, rentabel nur, wenn sie dem Eigentümer arbeitsloses Einkommen abwerfen. Die Begriffe Produktivität und Rentabilität müssen scharf auseinandergehalten werden.

Die Rentabilität des Realkapitals ist nicht aus der Fruchtbarkeit der Arbeitsmittel zu erklären, sondern sie ist vom Finanzkapital

---

<sup>1</sup> Selbstverständlich ist nicht das Ganze Grundrente, da z. B. in der Landwirtschaft der weitaus größere Teil der Erträge als Arbeitseinkommen für den Anbau, die Bodenbearbeitung usw. abgeht, wie auch bei den Rohstoffen also Erzen, Kohlen usw. die Kosten des Abbaus in ihren Preisen bezahlt werden müssen.

dikiert, ist also letzten Endes eine „Fruchtbarkeit des Geldes“, eine Behauptung, die nur dem absurd erscheint, der sie wörtlich versteht.

Der Zinssatz, zu dem im Durchschnitt in einem Lande Leihkapital erhältlich ist, bildet die „Rentabilitätsgrenze“. Alle Unternehmungen deren Reinertrag (im prozentualen Verhältnis zum aufgewendeten Kapital) hinter dem Betrag zurückbleibt, den das gleiche Kapital auf der Bank Zinsen tragen würde, liegen unter dieser Rentabilitätsgrenze — und der rechnende Geschäftsmann hält sich von solchen Unternehmungen fern. Aus diesem Grunde wird, trotz der Wohnungsnot, von der Privatwirtschaft nicht gebaut. Bauen ist jenseits der Rentabilitätsgrenze; kein Unternehmer denkt daran, sein Kapital in Häuser zu stecken, die sich nicht rentieren. So hilft denn der soziale Staat mit dem Zuschuß aus der Hauszinssteuer der Rentabilität etwas auf die Beine (!) Er gibt den Zuschuß zum Baukapital billig, zu niedrigeren Zinsen, damit der private Bauunternehmer zu seiner Rente kommt. Die nun teilweise aus den Mitteln der Hauszinssteuer erbauten Neubauwohnungen werden jetzt wenigstens so weit verbilligt, daß die Mieten bei mittlerem Einkommen der Bewohner gerade noch erschwinglich sind. Für das übrige Wohnungswesen gilt bis auf weiteres noch die Zwangswirtschaft, die eine staatliche Abdrosselung der Rentabilität bedeutet. Der Staat tut das aus sozialpolitischen Gründen, im Interesse der Mieter. Was er aber mit seinen Maßnahmen erreicht, ist nicht dazu angetan, diese zu rechtfertigen.

So ist dem Kapital nicht beizukommen. Die Rentabilität des Realkapitals zu beschneiden, ist ein Vergehen, das vom Finanzkapital geahndet wird. Es meidet den betreffenden Wirtschaftszweig, auf dem infolgedessen die Arbeit ganz ruhen muß. Das ist auf dem Gebiete des Bauwesens besonders deutlich zu beobachten, doch verhält sich das Kapital auf allen andern Gebieten genau so wie auf diesem. Die Verzinsung des Betriebskapitals ist die Grundbedingung, an der nicht zu rütteln ist.

Auch Gebrauchsgüter dürfen nur soviel produziert werden, als zu Preisen, die die Rentabilität gewährleisten, abgesetzt werden können. Die Mehrproduktion ist gehemmt, denn jeder Unternehmer muß so kalkulieren, daß die Differenz zwischen den durch Arbeit und Materialaufwand gerechtfertigten Produktionskosten und dem Verkaufspreis ausreicht, das Kapital zu verzinsen. Dann arbeitet sein Betrieb rentabel. Selbstverständlich fällt die Verzinsung des Kapitals bei der Preisbildung um so schwerer ins Gewicht, je komplizierter und kost-

spieliger der technische Produktionsapparat ist. Der Preis des Produktes, der die Bezahlung des Materials, der Löhne und der Unkosten enthält, besteht dann zum größeren Teil aus Unkosten, unter denen die Verzinsung des Betriebskapitals der wesentlichste Posten ist<sup>1</sup>.

Die Rationalisierung hat wohl meistens eine Verbilligung der Produktion zur Folge, aber diese wird heute in der Regel nur durch Einsparung an Löhnen erzielt, das Geldkapital arbeitet nicht billiger.

Was soll nun aber mit den billigen Waren geschehen, wenn die Käufer fehlen? Einesteils steigert die Rationalisierung die Produktivität, andernteils erzwingen die Gesetze der Zinswirtschaft eine Einkommensverteilung, die den Absatz unmöglich macht. Dem Unternehmer, der die Rationalisierung vornimmt, könnte es an sich gleichgültig sein, ob er in den auf dem Markt erzielbaren Preis des Produktes neben dem Unternehmergewinn hohe Zinsen (für das zum Zweck der Rationalisierung verwendete Kapital) und niedrige Löhne, oder niedrigere Zinsen und höhere Löhne einkalkulieren muß. Aber — und das ist nicht die Schuld des Unternehmers — bei hohen Zinsen und niedrigen Löh-

---

<sup>1</sup> Nach einer rohen Schätzung, auf die wir mangels genügender statistischer Erhebungen angewiesen sind, beträgt der Lohnanteil an den produzierten Gütern 15—20% (Berl. Tageblatt, Handelszeitung Nr. 537, 13. Nov. 1930). Dies bedeutet, mit anderen Worten gesagt, eine Einkommensverteilung, durch die der Masse der Industriearbeiter lediglich 15—20% des industriellen Produktionsertrages zustehen. Der Leser halte diesen Gedanken einmal fest und überlege sich, was unter solchen Umständen ein genereller Preisabbau bedeutet: Verzinsung und Amortisation des in einem Unternehmen investierten Kapitals erscheinen in der Preisgestaltung als sog. „fixe Kosten“, an denen, wie der Name sagt, nichts zu ändern ist. Bankkredite, Anleihen, Hypotheken, Darlehen und sonstige Schuldverschreibungen stellen ein Geflecht von Zahlungsverpflichtungen dar, die nach „Wirtschaft und Statistik“ im Jahre 1930 auf 79 Milliarden Reichsmark beziffert wurden und heute auf etwa 86 Milliarden Reichsmark geschätzt werden dürfen. Dazu kommen noch die Ansprüche des Aktienkapitals auf Dividenden und die Ansprüche der übrigen unter den vorstehenden Posten nicht enthaltenen Vermögensanlagen. Alle diese Forderungen lauten auf bestimmte Summen Reichsmark und sind zu erheblichem Teil ohne Rücksicht auf Konjunktorentwicklung und Preisbewegung zu vorher vereinbarten Terminen fällig. Es geht also, solange sich die Zinsbedingungen nicht lockern, wirklich nicht, eine Preissenkung anders als durch eine einschneidende Lohnsenkung herbeizuführen. Will man also die Preissenkung, dann müssen die Löhne abgebaut werden. Damit erreicht man dann, daß auf das aus den „fixen Kosten“ der Produktion stammende Renteneinkommen, von dem, wie gesagt, zum Zwecke der Preissenkung nichts abgestrichen werden darf, ein größerer Anteil des realen Produktionsertrags fällt, der aus der Schmälerung des Arbeitseinkommens herrührt. Man sichtet die Kaufkraft um von einer Bevölkerungsgruppe, die dringenden Bedarf nach allen Gütern hätte, auf eine andere, von der man wahrhaftig nicht dasselbe behaupten kann. Von dieser Wirtschaftspolitik verspricht man sich eine Belebung des Absatzes. —

nen gewinnen die Kapitalrentner einen unverhältnismäßig großen Anteil von den für den Erwerb der produzierten Güter erforderlichen Mitteln, von denen sie jedoch nicht den Gebrauch machen können, den die Arbeiter davon machen würden, wenn die Einkommensverteilung eine andere wäre. Es gereicht dem Unternehmer also keinesfalls zum Segen, mit hohen Zinsen und niederen Löhnen arbeiten zu müssen. Die Steigerung des Umsatzes, die er erstrebt, ist nur bei der umgekehrten Einkommensverteilung zu erzielen. Wie kommt man nun aber zu der umgekehrten Einkommensverteilung, wenn die Senkung der Zinsbedingungen abhängig ist vom Kapitalangebot, und dieses Kapitalangebot versiegt, sobald die Zinssätze zurückgehen? — Die Kapitalisten handeln im wohlverstandenen eigenen Interesse, wenn sie bei Zinssätzen, die ihnen ungenügend erscheinen, ihre Einkommensüberschüsse, die sie nicht verbrauchen können, nicht mehr für weitere Kapitalbildung einsetzen. Sie entziehen mit der Zurückhaltung der ihnen zufließenden Gelder der Wirtschaft die Betriebsmittel, lähmen den Produktionsprozeß, verhindern die Vermehrung des Sachkapitals und bewirken darüber hinaus, daß die Wirtschaft Teile des vorhandenen Kapitals abschreibt und verzehrt. Das Ganze nennt man dann eine „Reinigungskrise“, womit man etwa sagen will, daß im Interesse der zukünftigen Rentabilität ein Teil des Produktionsapparates stillgelegt, aus der Wirtschaft ausgeschieden werden müsse.

Das Realkapital kann nun einmal die vom Leihkapital geforderten Zinsen nur abwerfen, solange ein gewisser Mangel an Realkapital herrscht, und es ist — vom Standpunkte des Kapitalrentners aus gesehen — notwendig, diesen Mangel dauernd bestehen zu lassen.

Marx erklärt dies alles genau umgekehrt. Profit und Zins leitet er aus der Produktivität des funktionierenden Kapitals ab, und seine Anhänger begreifen heute noch nicht, daß eine Steigerung der Produktivität den Kapitalzins, das Renteneinkommen, zugunsten der Löhne schmälert.

Marx steht jedoch mit seiner Erklärung des Zinses, bzw. der Rentabilität nicht allein da. Auch andere Theoretiker sind der Ansicht, daß das Realkapital ein „fruchtbares Gut“ sei, und der Geldgeber nur deshalb Zinsen bekomme, weil er mit Recht auf einer Beteiligung am Gewinn des von ihm finanzierten Unternehmens bestehe.

Wie würde sich aber mit der Sachlage, wie sie diese Wissenschaftler darstellen, die Arbeitslosigkeit vereinbaren lassen? Überhaupt

nicht! Man käme und kommt ja auch zu gar keiner Erklärung. Die zünftigen Nationalökonomien stehen der Erscheinung genau so hilflos gegenüber wie die Sozialpolitiker. Eigentlich dürfte es auf Grund ihrer wissenschaftlichen Theorien gar keine Arbeitslosigkeit geben. — Denn wenn das Realkapital an sich das „fruchtbare Gut“ ist, und seine Fruchtbarkeit sich heute so erheblich gesteigert hat, daß es das Geldkapital mit 7—12% Zins und Dividende an seinem Gewinn „beteiligen“ kann, dann müßten die Geschäfte ja glänzend gehen. Dann müßte und würde die Wirtschaft alle erreichbaren Kräfte einspannen, um noch mehr von dem an sich so „fruchtbaren“ Realkapital zu schaffen. Warum schafft man es nun nicht, wo doch Arbeitskräfte und Rohstoffe vorhanden sind, und in der hohen Rentabilität der Betriebe auch ein Ansporn zur Produktion gegeben sein müßte? Warum genügt denn dieser Ansporn nicht, die Produktion in Fluß zu bringen? Weil eben die Ansprüche des unfruchtbaren, aber auch unentbehrlichen Geldes noch höher sind als die zu erwartende Rentabilität des eventuell vermehrten Realkapitals. Wenn heute ein Betrieb 20% Reingewinn abwerfen würde, wäre das eine ganz respektable Leistung; wenn aber der Zinsfuß für Leihkapital auf 25% stünde, wäre der Betrieb trotzdem unrentabel. Andererseits wäre ein Unternehmen, das 4% Reingewinn abwerfen würde, schon rentabel, wenn es sein Kapital nur zu 3% verzinsen müßte. Immer kommt es auf die Zinsbedingungen des Geldkapitals an, diese üben den bestimmenden Einfluß auf die Rentabilität der Produktionsmittel und auf die Einschränkung und die Ausdehnung der Produktion.

Im Gelde steckt — trotz seiner Unfruchtbarkeit — die Wurzel des Zinses.

### *Sanktionierter Zins*

Von dem um eine gerechte Güterverteilung kämpfenden Proletariat wird der Zins seltsamerweise als etwas verhältnismäßig harmloses betrachtet, eine Auffassung, die nur unter der heillosen Verwirrung, die Marx geschaffen hat, gedeihen konnte. Wohl kann man sich auch auf Seiten der Arbeiterschaft der Einsicht nicht ganz verschließen, daß der Zins arbeitsloses Einkommen sei; aber er wird sanktioniert, sobald er den Genossen zufließt. Es sei hier nur an die Arbeiterbanken erinnert, die die kapitalistischen Gebräuche einschließlich der Dividendenzahlungen getreu kopieren. Dabei setzen sie ihren Ehrgeiz darein, weder in den Zinszahlungen an die Einleger

# **GEGEN DEN STROM**

von  
Johannes  
Schumann



25.3.02 — 24.4.94

JOHANNES FRIEDRICH OTTO SCHUMANN wurde am 25. März 1902 in Meuselwitz, einer kleinen Stadt in Ost-Thüringen, als Sohn des Lehrer-Ehepaars Paul und Hedwig Schumann geboren. Nach Abitur und Besuch des Lehrerseminars in Altenburg lernte er schon frühzeitig die Lehre Silvio Gesells kennen und vertrat sie in der Jugendbewegung (Oster-Tagungen auf der Leuchtenburg an der Saale). Nach 1927 versuchte er vergeblich, als Funktionär der SPD diese für einen aktiven Kampf gegen die monetären (deflationären) Ursachen der anschwellenden Krise zu gewinnen und wurde deshalb 1932 von deren Vorstand ausgeschlossen. Nach 1933 scheiterten seine Versuche, nachzuweisen, daß das Ziel der „Brechung der Zinsknechtschaft“ Maßnahmen gegen die Möglichkeit, Geld zurückzuhalten, erfordere, am Widerstand der Reichsbank. Als Soldat der Wehrmacht Gefangenschaft in Holstein, nach Rückkehr Berufsverbot, Ende 1948 Flucht aus der „Deutschen Diktatorischen Republik“, Lehrer in Hamburg-Meiendorf bis 1967, danach im „Unruhestand“.

mehr als je billiges Geld braucht, gerade das Geld teurer werden? . . . Kann man nicht genug Gold erhalten, so wird eben, um die Golddeckung doch proportionell möglichst hochzuhalten, die Kreditgewährung eingeschränkt. Die Geschäftstätigkeit geht zurück, und die Arbeiter müssen durch Arbeitslosigkeit und die damit einsetzenden Lohnherabsetzungen usw. die Lücke ausfüllen.“

## Der letzte Appell

Rudolf Breitscheid äußerte in einer Unterredung, daß er „auf dem Gebiete der Geldtheorie nicht sachverständig sei“. Er verwies – wie heute Herr Rau – auf „verschiedene Genossen“, darunter den Genossen Naphtali, und schrieb am 4. Juli 1932 in einem vorliegenden Brief:

*„Im übrigen schäme ich mich gar nicht, meinen Mangel an Sachverständigkeit zugegeben zu haben und ich beneide diejenigen nicht, die ohne nähere Kenntnis der Dinge zu besitzen und ohne die von wirklichen Sachverständigen angeführten Argumente zu beachten, über geldtheoretische Fragen reden und schreiben.“*

Obgleich Breitscheid also vom Geldwesen „nichts verstand“, maßte er sich trotzdem an, zu beurteilen, wer „wirklich etwas davon verstand“. Aber wenn er wirklich nichts davon verstand, wie konnte er dann später „an die G e l d m ä c h t e der Welt appellieren, die Krise zu beenden?“ Weil diese es nicht taten – und wir es nicht durften –, endete Breitscheid im Konzentrationslager Buchenwald... bei einem Bombenangriff – der „Weltmächte“!

Den Gipfel gezielter Verdummung aber erreichte jener Professor Dr. Nölting (M.d.R. der SPD), der in seiner „Einführung in die Theorie der Wirtschaft“ 1929 behauptete: *„Die Geldkrisen sind im wesentlichen interne Vorgänge im Bereich des Kapitals, häuslicher Hader der Bourgeoisie, ein sich in einer höheren Region vollziehendes und sich selbst aufhebendes Kampfspiel.“*

Dem dann 50 Millionen Menschen zum Opfer fielen. Nölting selber aber war emigriert und wurde nach 1945 SPD-Wirtschaftsminister in NRW, wo er die Freiwirtschaftler heftig bekämpfte – wegen schlechten Gewissens?

Wir setzten unsere Arbeit an der Basis fort, richteten aber Mitte 1932 noch einen „Letzten Appell“ an die Parteinstanzen in Berlin. Ich bringe ihn als Faksimile vom Original:

**Hans Schumann**

# **Letzter Appell!**

**„Die Tage der Zivilisation  
sind gezählt, wenn der  
wirtschaftliche Aufstieg  
nicht bald beginnt.“**

**(Prof. Cassel in Oxford)**

**Herausgeber: Erich Mäder, M.d.L., Hans Schumann**

---

**Verlag von Strizke & Co., Altenburg Thür.**

# Letzter Appell!

---

Die Tage der Zivilisation sind gezählt, wenn der wirtschaftliche Wiederaufbau nicht bald beginnt. Vergesse niemals, daß die Stunden, die uns zum Wiederaufbau gelassen sind, vielleicht kurz sind.

Prof. Gustav Cassel in Oxford.

Nur durch richtige Geldpolitik können wir Herren unseres wirtschaftlichen Schicksals werden.

Williams, Redakteur des „Daily Herald“.

## An die Parteinstanzen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, z. H. Gen. Otto Wels, Berlin!

W erter Genosse Wels!

Sie haben — offenbar erfüllt von Stolz auf die bisherigen Erfolge der Partei und auf die Lage, in die die Partei unter Ihrer Leitung (bzw. Ihrem Vorsitz!) heute gekommen ist — jede Diskussion mit den unbequemen Kritikern und Mahnern Mäder und Schumann abgelehnt. Sie haben selbst dann nicht reagiert, als im Namen von 10000 Thüringer Parteigenossen von Ihnen gefordert wurde, die in der Denkschrift „Krieg der Krise“ gemachten Vorschläge einer vorbehaltlosen Prüfung zu unterziehen.

Sie haben sich vielmehr dem Diktat der die Meinung der Partei beherrschenden Finanzsachverständigen Hilferding, Aufhäuser usw. gebeugt,

die nur Vorschläge erlauben, welche die Goldwährung nicht angreifen, die von der auf Baisse spekulierenden Hochfinanz gewünscht wird,

die den Preisabbau propagierten,

die den Young-Plan tarnten,

die die Verständigung mit „Frankreich“, d. h. mit der französischen Hochfinanz, erstreben,

die „an die Geldmächte der Welt appellieren“,

die jeden beschimpfen und herunterreißen, als Nazi verdächtigen, Robtäuscher, Gauner und Gassendreck nennen und nennen lassen, der dagegen rebelliert.

Wenn ich trotzdem immer und immer wieder, bis zur letzten Minute versuche, diese Verschwörung des Schweigens zu

brechen, so geschieht es nicht, um diese Sachverständigen zu lehren, über ihren eigenen Schatten zu springen (das kann niemand!), sondern es geschieht, um wenigstens vor der Geschichte den Nachweis zu erbringen,

daß es nicht am Wissen, sondern am Willen gelegen hat,

wenn die Partei und die Arbeiterschaft in die Katastrophe geführt wird.

\*

Die Brüning-Regierung ist gestürzt!

Man mag zu Brüning stehen, wie man will — jedenfalls hat er „ehrlich“ versucht, das deutsche Volk nach der „ehrlichen“ Golddecke zu strecken, die ihm die internationale Hochfinanz bzw. Dr. Luther zugestanden haben. Seine Lohnsenkungs- und Steuererhöhungspolitik war lediglich die Konsequenz aus der Deflationspolitik der Reichsbank.

Ein moralisches Recht, über Brüning zu richten, haben die Finanzsachverständigen nicht, die an der Deflations- = Goldwährungspolitik nicht rütteln wollen.

\*

Jede neue Regierung (sei sie bürgerlich oder sozialdemokratisch), die zur Macht kommen sollte und nicht an der Deflation und an der Goldwährung rüttelt, muß den Lohnabbau und die Steuererhöhung weitertreiben — das heißt: sie wird das deutsche Volk in den Abgrund führen.

\*

Wenn die Nazis zur Regierung kommen, werden sie — gestützt auf Gottfried Feder — durch Landstraßen „gedeckte“ Geldmengen ausgeben und eine Inflation hervorrufen.

Auch dieser Weg führt in den Abgrund.

\*

Sollte die Sozialdemokratische Partei maßgebenden Einfluß in irgendeiner kommenden Regierung haben, so ist zu befürchten, daß die Maßnahmen, die ihr von den heute maßgebenden Finanz-Sachverständigen vorgeschlagen werden, das Chaos noch schneller herbeiführen und damit ihr Schicksal besiegeln würden.

Das gilt von dem unglaublich naiven Plane, durch Steuern Arbeit zu schaffen, das gilt von dem Plane, durch eine Goldlotterie Mittel für die Arbeitsbeschaffung aufzubringen, das gilt vor allem für den „Preisabbau“, den man bereits bisher gefordert hat, obgleich dadurch die Wirtschaft zugrunde gerichtet wird.

\*

Ich warne Sie und jeden ehrlichen Sozialisten aber auch vor der Illusion, als ob für eine „Gemein- und Bedarfswirtschaft“ irgendwo realisierbare, konstruktive Vorstellungen oder gar Pläne vorhanden seien.

Wenn man uns entgegenhält, daß nicht durch „Geldexperimente“, sondern nur durch den Kampf um eine sozialistische Plan- und Bedarfswirtschaft die Krise überwunden werden kann, dann ist das eine furchtbare Illusion.

Es gibt kein „Wirtschaften nach dem Bedarf“, da eine objektive Feststellung des subjektiven Bedarfes unmöglich ist. Es gibt nur einen Arbeitszwanng und einen Verbrauchszwanng, Methoden, die in Rußland zu einem furchtbaren Fiasko geführt haben. Wollen wir das deutsche Volk den Puschereien einiger wildgewordener Nationalökonomien unterwerfen, um nach Millionen Opfern doch wieder schrittweise zum freien Markt zurückzukehren wie die „Kommunisten“ in Rußland? Ich stelle fest, daß nirgends auch nur der allergeringste Ansatz für einen konstruktiven Aufbau einer sozialistischen Gemeinwirtschaft besteht, am allerwenigsten bei denen, die sie fordern, um vom Kampfe gegen die krisenmachende Hochfinanz abzulenken.

\*

Wenn man — wie Sie — der Ansicht ist, daß „der Sozialismus eine Wachstumserscheinung“ ist, dann muß man dafür sorgen, daß durch Ausschaltung der Krisen der Boden für das Wachsen des Sozialismus freigemacht wird. Solange aber die Möglichkeit besteht, das Geld aufzuschätzen, so lange beherrschen die Beherrscher der Zirkulationsmittel auch die Produktionsmittel, „mögen diese auch noch jahrelang dem Namen nach als Eigentum der Wirtschafts- und Handelskommune figurieren“, schreibt Engels im Anti-Dühring — vielleicht wird er deshalb eines Tages auch noch als Nazi bezeichnet und „als Sozialist begraben“!

Die Weltwirtschaftskrise hat geldpolitische Ursachen (Verringerung der umlaufenden Geldmenge im Verhältnis zur angebotenen Warenmenge!) und kann nur durch geldpolitische Maßnahmen wirksam bekämpft werden.

Auf dem Boden einer krisenfreien Wirtschaft mag dann jeder durch Vorbild und Beispiel für das arbeiten, was er für „sozialistisch“ hält. Wir haben zwar bisher nicht erreicht, die Parteinstanzen zu einer selbständigen Prüfung der international diskutierten Forderung einer aktiven, d. h. geldpolitischen Konjunkturpolitik zu veranlassen bzw. ihre Prüfung durch unbelastete Sachverständige herbeizuführen.

Aber wir haben immerhin die Genugtuung, daß alle unsere wirtschaftlichen und politischen Prognosen auf Grund unserer Wirtschaftsansichten richtig —

und alle offiziellen falsch waren.

Als die maßgebenden Sachverständigen Auslandsanleihen forderten  
haben wir vorausgesagt, daß wir uns damit der Gnade des  
Internationalen Finanzkapitals ausliefern!

— und heute?

Als die maßgebenden Sachverständigen die Unterzeichnung des  
Young-Planes forderten und alles taten, damit die Vorverhandlungen  
nicht „gestört“ würden

— haben wir gewarnt, den goldenen Blankowechsel zu  
unterzeichnen!

— und heute?

Als die offiziellen Sachverständigen den Preisabbau forderten

— haben wir das als Selbstmord bezeichnet!

— und heute?

Als Sie, Genosse Wels, noch davon sprachen, daß — wenn schon  
in Deutschland diktiert werden solle — wir diktieren würden,

— haben wir vorausgesagt, daß „der stirbt, der vom Papste  
isset!“, daß das Zentrum uns durch die Tolerierungspolitik  
verbluten lassen und dann den Mohrentritt geben wird!

— und heute?

Oder zweifelt jemand daran, daß die „Ernennung“ von Papens, sein  
„Austritt“ aus dem Zentrum und die „Entrüstung“ der „Germania“  
gegen den Willen des Prälaten Kaas geschehen sind? Glaubt  
jemand, daß die Reichstagsauflösung „zufällig“ in einem Augenblick  
erfolgt, wo die Preußenwahlen die Schwäche der Sozialdemokratie  
und die Stärke des Zentrums und der Nationalsozialisten gezeigt hat?  
Unter welchen Parolen wollen Sie denn den Wahlkampf führen?

Unter denselben, die im Preußenwahlkampf versagt haben?

Die Parole: Rettet die Republik! muß versagen, wenn die  
Republik keine Arbeit schafft. Oder wollen Sie den Wahlkampf  
führen mit der Parole: Zeichnet Sparprämienanleihe!? Mehr als ein  
paar Winkelbankiers sind damit nicht zu gewinnen.

Oder mit der Parole eines Gewerkschaftsführers: „Wir wollen lieber  
arbeitslos bleiben, als an der Goldwährung rütteln!“?

Oder mit der Parole: „Wir appellieren an die Geldmächte der Welt,  
von deren Gnade wir leben.“?

Die Partei wird am Papste sterben, der Faschismus wird siegen,  
wenn es nicht gelingt, die Parole

„Krieg der Krise“

zu unserer Kampfparole zu machen.

# Der Ausweg!

---

1. Die Reichsbank-Aktiengesellschaft wird sofort verstaatlicht.
2. Um die Geldhortung zu beseitigen und Währungsspekulationen zu verhindern, wird das ausgegebene Geld unter Umlaufzwang gesetzt.
3. Durch Neuausgabe von Geld wird das Preisniveau von 1928 wiederhergestellt und mit Hilfe einer wissenschaftlichen Geldverwaltung dauernd stabilisiert.
4. Anschluß an die von der Englischen Arbeiterpartei und Professor Cassel geforderte Internationale Vereinigung aller das Preisniveau stabilisierenden Länder. Weitgehende Schleifung der Zollmauern zwischen diesen Ländern.
5. Sofortige staatliche Arbeitsbeschaffung, die nicht mit Hilfe von finanzkapitalistischen Goldlotterien, sondern aus den Mitteln der Währungsumstellung finanziert wird.

Da s a c h l i c h e Gründe gegen diese Forderungen nicht existieren, kann die Partei — gestützt auf ihren Organisations- und Presse-Apparat — in k ü r z e s t e r Zeit die Mehrheit des deutschen Volkes für dieses Programm gewinnen —

wenn ihre Führer wollen.

H a n s S c h u m a n n — Schmölln,

1. Vorsitzender des Parteivereins Schmölln,  
Bezirksleiter der Eisernen Front.

Mitglied der Arbeiter-Turner, der freien  
Gewerkschaften usw.

Dann aber wurde ich im Herbst 1932 zu 10 Vorträgen in die Schweiz gerufen. Die Schweizer SPS-Führung schickte als Gegenredner einen Dr. Emil Walter in eine überfüllte Versammlung in Zürich, wo er behauptete, ich sei ein Inflationist, weil ich die Goldwährung ablehne. Worauf ich ihm unter großem Beifall der Versammelten vorwarf, daß er schuld sei an der Massenarbeitslosigkeit und ihn fragte, woher er noch den traurigen Mut habe, sich „Sozialist“ zu nennen.

Walter gab einen verlogenen Bericht an seinen Vorstand, der in einem Schreiben an die Genossen in Berlin behauptete, ich hätte die SPD im Ausland beschimpft, und dieser schloß mich ohne Verfahren Ende Dezember aus der Partei aus, da „niemand zwei Herren dienen“ könne.

Vier Wochen später war Weimar gescheitert.

## Erich Mäder

Erich Mäder starb im Jahre 1934 nicht, wie die Kommunisten später behaupteten, als „Opfer der Nazis“, sondern an einer seltsamen Erkrankung, die ihn einige Jahre zuvor befallen hatte: Man fand den vorher Kerngesunden ohnmächtig in seinem – schattigen – Garten.

Den Rat „von oben“, er könne in der Politik alle Posten erreichen, wenn er „auf seine Geldpolitik verzichte“, mißachtete er ebenso wie den auch ihm angedrohten „Strick des Gehängten“. Der Vorschlag des offenbar „präparierten“ Parteisekretärs W.Z., den Berliner Rechtsanwalt Klee an seiner Stelle als Reichstagskandidat aufzustellen, das werde „für die Wahlkosten günstig sein“, scheiterte. Nachdem Mäder den „Letzten Appell“ mit unterschrieben hatte, nahm man dies als Vorwand, ihn auszuschalten. Sein früher Tod ersparte ihm vieles – auch daß ihn bis heute die DDR als einen ihrer angeblichen Vorkämpfer feiert – für den Kommunismus!

Dort gab man übrigens der SPD in der „Deutschen Chronik 1933 bis 1945“ im Verlag der Nation den Eselstritt, wo sie berichtet:

8. März 1933: Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund bittet Göring um Schutz.

21. März 1933: Der ADGB-Vorstand bietet Hitler seine Mitarbeit an.

Anfang April: Der Vorstand der SPD maßregelt die Berliner Jungsozialisten wegen Vorbereitung zu illegaler Tätigkeit.

19. Juni: Die Reichskonferenz der SPD-Funktionäre distanziert sich vom Exilvorstand – der vom sicheren Prag aus zum Widerstand auffordert.

Der ADGB-Vorsitzende und Sozialdemokrat Theodor Leipart bietet Hitler die Mitarbeit an.

Paul Löbe „müht sich um Duldung durch das Naziregime, indem er für Abwahl der jüdischen SPD-Vorstandsmitglieder sorgt.“

„Widerstandskämpfer“?

## So hätte „Weimar“ gerettet werden können:

Der Völkerbundexperte Prof. Dr. Gustav Cassel schrieb mir am 23. Mai 1931 aus Djurs-holm/Schweden:

*„Ich bin sehr daran interessiert, daß die organisierte Arbeiterklasse sich bestimmt auf den Standpunkt stellt, die fortgehende internationale Goldaufwertung aufs schärfste zu bekämpfen. – Ich bin dankbar für weitere Mitteilungen über die Entwicklung dieser Frage in der Deutschen Sozialdemokratie.“ In vorzüglicher Hochachtung*

gez. Gustav Cassel

Cassel forderte:

*„Anfang dieses Jahres hat das Federal Reserveboard die Kredite eingeschränkt, eine Maßnahme, die zweifellos zu der Verschlechterung der Lage beigetragen hat... allein die Befürchtung eines Preisverfalls kann zu einer Wirtschaftsdepression führen...*

*Die leitenden Zentralbanken brauchen nur (!) zu erklären, daß künftig kein allgemeiner Preissturz mehr möglich ist. Die Goldwährung ist ein Aberglaube.“*

(Zitiert aus „Arbeiterklasse und Geldpolitik“ Seite 129 und 175)

Einschränkung der Kredite, allgemeine Preissenkung und Festhalten am Aberglauben, d.h. der L ü g e der Goldwährung – d a s war die Politik der damaligen SPD-Führung, die zu 7 Millionen Arbeitslosen führte und Hitler den Weg bereitete.

W e r v e r f ü h r t e sie zu dieser selbstmörderischen Politik? Obgleich die Ursachen des drohenden Unheils – wie nachfolgende Zitate beweisen – den Wissenden durchaus bekannt waren!

## Die Schreibtischtäter

(Faksimile aus „Warum Weimar scheiterte“)

**„Eines stand für alle Maßgeblichen alsbald unerschütterlich fest, daß eine möglichst sofortige Anpassung an den nunmehr noch tiefer gesunkenen Standard aller Weltpreise notwendig geworden.“**

**Dr. jur. Hermann Pünder, Staatssekretär Brünings.**

•

**„Alle diese Opfer müssen zur Senkung der Preise, zur Erleichterung der Lebenshaltung führen.“**

**Brüning im Rundfunk am 8. 12. 31.**

•